

Besprechungen

Paul Velsinger: Entscheidungen ohne explizit formulierte Ziele bei unvollkommener Information. Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Problematik der regionalpolitischen Entscheidung. Opladen 1971. Westdeutscher Verlag. 117 S.

Untersucht werden die Voraussetzungen einer entscheidungstheoretischen Grundlegung praktischer Regionalpolitik. Der Verfasser stellt ein Verfahren vor, das ihm unter operationalen Gesichtspunkten zweckmäßiger erscheint als andere Ansätze auf diesem Gebiet (Kosten-Nutzen-Analyse, Konzept der „offenbaren Präferenzen“). Streng rationale Entscheidungen verlangen die Existenz von Zielvorstellungen und vollkommene Information der Entscheidungsträger. *Velsinger* zeigt, daß auch dann rationale Entscheidungen möglich sind, wenn beide Voraussetzungen (wie in der Regionalpolitik) nicht erfüllt sind. Bei der Konstruktion seines Modells versucht er sicherzustellen, daß die Entscheidungen durch den Politiker getroffen werden und nicht versteckt durch den Analytiker, der das Modell konzipiert. Seinem Entscheidungsmodell liegen deshalb nicht bestimmte Hypothesen über Ziele und Präferenzen der regionalpolitischen Entscheidungsträger zugrunde, es erfordert vielmehr die Beteiligung des Politikers, der auf den verschiedenen Stufen des Entscheidungsprozesses gehalten ist, aufgrund seiner Wertvorstellungen eine Wahl zu treffen. Dabei wird von Einzelentscheidungen ausgegangen, alle Besonderheiten kollektiver Entscheidung bleiben ausgeklammert, eine im Hinblick auf die praktische Verwertbarkeit recht einschneidende Bedingung.

Der erste Teil der Arbeit dient der Analyse der allgemeinen Problematik von Entscheidungen auf dem Hintergrund der speziellen Probleme der Regionalpolitik: eine typische Situation unvollkommen formulierter Ziele und unvollkommener Information, die nur subjektiv rationale Entscheidungen zuläßt. Mindestvoraussetzung dafür ist, daß die für die Bewertung von Maßnahmen vom Politiker für relevant erachteten Merkmale („Beschreibungs- oder Beurteilungskriterien“) einer ordinalen Messung zugänglich sind.

Im zweiten Teil der Untersuchung entwickelt *Velsinger* sein Modell. Er charakterisiert es als ein Verfahren der doppelten Simulation. In einem ersten Schritt wird die Entscheidung über die Ordnung der möglichen Ergebnisse auf „simulierte Entscheidungen“ über jeweils zwei Ergebnisse und dann in einem zweiten Schritt jeder paarweise Vergleich auf mehrere einfache Vergleiche von Paaren von Ergebnissen, die sich nur im Hinblick auf zwei Kriterien unterscheiden, zurückgeführt. Neu ist an diesem Vorschlag — soweit ich sehe — der Zuschnitt der Problematik auf die computermäßige Behandlung der iterativen Ordinalbewertung. Der Grundgedanke dieses Verfahrens ist schon früher in die Versuche der experimentellen Nutzenmessung eingegangen (*Nozema Mosteller, Luce-Raiffa*) — und ist dort auf Schwierigkeiten gestoßen. Besonders das Transitivitätsaxiom (*Velsinger*, S. 50) hat sich als problematisch erwiesen. Genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Computer derartige Intransitivitäten aufdecken kann, so daß der Entscheidungsträger aufgefordert werden muß, derartige Intransitivitäten „auszuräumen“ (S. 50)?

Immerhin: Unterstellt man einmal, daß die axiomatischen Forderungen erfüllt sind (Axiom III b und III c?), so ist interessant, wie die sukzessive Bewertungsmethode mit Hilfe des Computers das Problem der großen Anzahl zu ordnender Ergebnisse (und damit bei vollkommener Information: Alternativen) praktikabel zu machen verspricht. Vollkommene Information liegt bei Entscheidungsproblemen der Regionalpolitik nicht vor. Diesem „zweiten Hauptproblem“ widmet *Velsingers* weniger Aufmerksamkeit. Er referiert — klar und knapp — die wesentlichen aus der Literatur bekannten Entscheidungskriterien.

Ergebnis von *Velsingers* Untersuchung ist: Man kann bei unvollkommener Information eine Rangfolge der möglichen Maßnahmen aufstellen, sofern diese zumindest einer ordinalen Bewertung zugänglich sind. Die Methode der doppelten Simulation ermöglicht auch bei nicht explizit formulierten Zielen eine praktikable Lösung der Bewertungsprobleme. Der Anspruch dieser Studie war von vornherein nicht, die Realität zu beschreiben, es galt, ein Modell zu entwickeln, das dazu dienen kann, bei der Suche nach „richtigen“ Entscheidungen Hilfestellung zu leisten.

Werner Meißner, Frankfurt/M.

Max Link: Stand und Zukunftsperspektiven der Industrialisierung Brasiliens. Bern, Stuttgart 1972. Paul Haupt. 158 S.

Der Zweck der vorliegenden Untersuchung von *Max Link* — der Autor hat 1970, ebenfalls im Rahmen des Lateinamerikanischen Instituts an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, eine ähnliche Untersuchung über die Industrialisierung Mexikos veröffentlicht — besteht darin, „den gegenwärtigen Stand der Industrialisierung Brasiliens zu ermitteln und ihre Entwicklungstendenzen aufzuzeigen“ (S. 40 f.). Das Buch wird dieser Zielsetzung gerecht.

In übersichtlicher und klarer Gliederung unternimmt der Autor zunächst einen wirtschaftshistorischen Rückblick und schildert in einem zweiten Hauptteil den Aufbau der brasilianischen Volkswirtschaft, wobei dem Produktionsbereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der Untersuchung ist ein zwanzigseitiges Literatur- und Quellenverzeichnis vorangestellt, für das der fachkundige Leser ebenso dankbar sein wird wie für die 50 Tabellen im Anhang. Dem Autor ist es gelungen, nicht nur den Stand und die Entwicklungstendenzen der Industrialisierung Brasiliens darzustellen, sondern gleichzeitig auch die wirtschaftspolitische Konzeption der regierenden „Allianz von Militärs und Technokraten“ zu beleuchten. Der Autor distanziert sich davon, die eindrucksvollen Leistungen der brasilianischen Wirtschaft als „brasilianisches Wunder“ zu umschreiben, weil die zahlreichen und schwierigen sozialen und innenpolitischen Probleme noch ungelöst sind. Daß Wirtschaftswachstum nicht mit Entwicklung gleichgesetzt werden darf, wäre vielleicht noch deutlicher erkennbar, wenn der Autor sich kritischer mit den Programmen der nationalen und sozialen Integration zum Abbau des sozialen und regionalen Einkommensgefälles auseinandergesetzt hätte.

Hans Zwiefelhofer, München